

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Hauptredaktion: Dresden 1339
Grotzstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 160.

Mittwoch, 12. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Frangolohn. Einzelnummer 1,75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlung- und Erfüllungsort: Riesa. Zehnjährige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. J. Teichgraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Kohlenverkaufspreise.

Für die nach dem 1. Juli ds. Js. vom Werk abgegangenen Sendungen Hausbrandbriketts wird hiermit ein Kleinverkaufspreis von 76 Mark pro Zentner ab Lager des Händlers festgesetzt.
Der Rat der Stadt Riesa, den 11. Juli 1922.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 12. Juli 1922.

— Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 8 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Anwesend 19 Stadtverordnete. Als Vertreter des Rates war Herr Bürgermeister Dr. Scheider zugegen. Außerdem wohnte der Sitzung Herr Stadtrat Gutader bei. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Gütther.

1. In einem Schreiben bittet Herr Stadtverordneter Reyer um Entlassung aus dem Kollegium. Das Gesuch wird mit andauernder geschäftlicher Arbeit und fortwährender Abwesenheit von Riesa begründet. Dem Gesuche wird stattgegeben.

2. Einer Erhöhung der Vorflutschleusenbeiträge auf 1 M. pro qm zu entwässernde Fläche stimmt das Kollegium zu.

3. Zu dem in der letzten Sitzung schon behandelten Ratsbeschlusse, die Einkinklung der vorjährigen Ausgaben in den diesjährigen Haushaltsplan, der sich vor September nicht aufstellen läßt, haben die Fraktionen Stellung genommen. Der Feuerungswesen beantragt die linke Fraktion einen Aufschlag von 50%, zu den alten Sähen. Sie betrachtet aber die bei der Armenkasse eingestellten 600 M. für die Gemeindefakultät als nicht ausreichend und meint, daß diese von der politischen Gemeinde übernommen werden müsse. In der Oberrealschule solle auch der Verordnungs- und Ministeriums, die Bücher von allen die Republik schädigenden Büchern zu säubern, entprochen werden. Seitens des Rates wird verkündet, daß der Verordnung nachgekommen würde. Die Ratsvorlage auf Ermächtigung zur Ausgabe der vorjährigen Summen wird abgelehnt, dagegen der Antrag der Linken, bis 50% Aufschlag zu berechnen und die 600 M. für die Gemeindefakultät wegzulassen, angenommen.

4. In der Rnabenschule sind dringliche Bauarbeiten nötig, die noch in diesem Jahre während der großen Ferien erledigt werden möchten. Geordert werden für Anstreichen der Fenster 18 500 M., für eine Klingelleitung vom Eingangstor nach der Hausmannswohnung 1000 M. und für Erneuerung von 5 Zimmern 21 000 M. Das Kollegium genehmigt die für die Arbeiten veranschlagten Summen mit dem Hinweis, daß bei den Zimmerarbeiten ein sogenannter Wandtafelanstrich Verwendung finden möchte.

5. Für ähnliche Bauarbeiten in der Albertschule werden 24 500 M. und in der Karola Schule 15 800 M., sowie für Schlauchbeschaffung 2 300 M. bewilligt.

6. Zur Ausführung von Malerarbeiten in der Oberrealschule sind im Haushaltsplan 1922/23 bereits 41 000 M. vorgesehen. Diese Summe reicht jedoch nicht aus. Die neu geforderten 27 000 M. werden vom Kollegium nachvermollt.

7. Beim Rittergut sind verschiedene Reparaturen nötig, die teils nicht zu umgehen sind, anderenteils auch wegen zunehmender Feuerung schon jetzt ausgeführt werden sollen. Als außerordentliche Aufwendungen für Anstreicharbeiten, Dachausbesserungen, Beschaffung von Kellerfenstern usw. sind 53 880 M. und für laufende Bau- und Unterhaltungskosten 70 000 M. veranschlagt. Das Kollegium bewilligt die erforderlichen Mittel.

8. Der Rat schlägt vor, die Stundenlöhne für Lehren auf 8 M. und für Scheuern auf 9 M. zu erhöhen. Herr Stadtverordneter Reyer befürwortet eine tarifliche Regelung nach den Sähen für die sächsischen Arbeiterinnen. Dementgegen hält Herr Bürgermeister Dr. Scheider, die Lehr- und Scheuerfrauen seien nicht Angehörige des Rates. Infolge schwererer Arbeiten, wie Gartenarbeiten, hätten die ständigen sächsischen Arbeiterinnen Anspruch auf bessere Bezahlung. Uebrigens sei die beantragte Erhöhung um 100% besser als das letzte Mal. Damit das Kollegium sich nicht immer wieder mit dieser Frage beschäftigen müsse, wäre es zweckmäßig, die Lohnregelung dem Rate oder dem Ausschusse zu überlassen. Einem Antrag des Stadtverordneters Reyer entsprechend, beschließt das Kollegium, vom 15. Juni bis 15. Juli obige Sähe zu gewähren, vom 15. Juli ab aber die Tariflöhne der sächsischen Arbeiterinnen in Anwendung zu bringen.

9. Ein 15. Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung sieht die Neueinstellung der Hundsteuer vor. Herr Stadtverordneter Reyer meint, man solle die Musikinstrumente nicht so hoch versteuern, dagegen lieber eine Steuer auf Reispferde legen. Wegen 1 Stimme wird der am 1. Juli in Kraft tretende Nachtrag in der Fassung des Ratsvorschlages angenommen.

10. Die Vorschriften für das Einwohner- und Fremdenmeldewesen sollen dahin geändert werden, die Gebühren für An- und Ummeldungen sowie für Auskunftserteilung nach neuen erhöhten Sähen zu erheben. Für Jubiläumsgeländungen kommen verschärfte Strafen in Anwendung. Dilem 2. Nachtrag wird in Verbindung mit der Aenderung des 1. Nachtrages zum Ortsstatute über Erhebung von Gebühren im Meldewesen vom Kollegium genehmigt. Die Bestimmungen treten sofort in Kraft.

11. Auch der 2. Nachtrag zur Marktordnung für die Stadt Riesa findet Annahme. Er sieht vor, die Taxen für Jahr- und Christmärkte um 100% vom 1. Okt. an zu erhöhen.

12. Der Ausschuss für Straßenumbenennung schlägt folgende Aenderungen vor:
Albertstraße in Klosterstraße,
Friedrich-August-Straße in Gobe Straße,
Georgstraße in Volkswalstraße.

Mathildenstraße in Lessingstraße,
Nagistraße in Lindenstraße,
Kirchbachstraße in Lommahöfer Straße,
den Georgplatz in Luther-Platz,
Sedankstraße in Friedrich-Liszt-Straße,
Roetenweg in Mühlweg,
die Kleinwohnungsüberholung an der Klöberstraße in Siedelung „Neue Hoffnung“.

Der Rat stimmt den Vorschlägen des Ausschusses zu und bringt weiter die Umbenennung

Kaiser-Wilhelm-Platz in Rosenplatz zum Vorschlag, wodurch die veranschlagten Kosten von 12 500 Mark um weitere 3000 Mark steigen. Herr Stadtverordneter Reyer meint, daß noch weitere Straßen vorhanden seien, deren Umbenennung im Auge behalten werden müsse.

Herr Stadtverordneter Reyer äußert sich dahin, es sei angebracht gewesen, wenn der Kaiser-Wilhelm-Platz mit Friedensplatz bezeichnet worden wäre. Die erforderlichen 15 500 Mark zur Beschaffung von Straßenschildern, auf denen nähere Angaben über die betreffenden Personen gemacht werden sollen, bewilligt das Kollegium.

13. Die sächsische Beamtenenschaft hat Beschwerde geführt, daß ihre Einkünfte in die Befoldungsordnung von den Stadtverordneten nicht zu Recht erfolgt seien. Daraufhin hat die Kreisoberamtsverwaltung Aenderungen in der Verlesung und in den Akten bei mehreren Beamten vorgenommen. Die Ratsvorlage wird mit einer Ausnahme angenommen. Bei der Stadtratsstelle in 11. Gruppe ist die Vorlage eine Einkinklung in die 12. Gruppe nach 6-jähriger Dienstzeit vor. Hiergegen wendet sich die linke Fraktion. Sie beschließt, die höhere Einkinklung erst nach 12 Jahren vorzunehmen.

14. Der Stenographenverein zu Riesa dankt namens des Landesverbandes für die gewährten 1500 Mark zur Aufzeichnung der Preisträger und für das Bereitstellen von Schulzimmern, sowie für das ihm bewiesene Wohlwollen anlässlich der Verbandstagung in Riesa.

15. Um die Ueberkanden in den Fortbildungsschulen zu befechtigen, werden vom 1. Oktober an zwei hauptamtliche Lehrstellen gegründet. Die Inhaber sollen als Leiter und Stellvertreter bezeichnet werden. Die Beschaffung von Räumen für die Fortbildungsschule ist in Erwägung zu ziehen. Das Kollegium stimmt der Erneuerung zu.

Herr Stadtverordneter Reyer regt die baldige Abschließung von Kartoffelverkaufsgewerbeträgen seitens des Rates an. Herr Bürgermeister Dr. Scheider führt an, der Rat habe in Aussicht genommen, die Kartoffeloffeln durch die Händler verkaufen zu lassen, die Spätkartoffeln aber vom Rittergute den Einwohnern abzugeben. Der Bedarf würde jedoch damit nicht gedeckt werden können, sodas ein Einkauf von auswärts notwendig wäre. Die Einwohnerchaft solle zur Bedarfsmeldung aufgefordert werden. Im vorigen Jahre sei es vorgekommen, daß bestellte Kartoffeln nicht abgenommen wurden, da verschiedene Einwohner sie wo anders her bekommen hätten. Wegen der Preisfestsetzung lasse sich jetzt noch nichts sagen. Herr Stadtverordneter Reyer wünscht die Einrichtung einer Stelle, wo schon jetzt Vorausabgaben bewirkt werden könnten. Das Kollegium gibt sich mit den vom Rate beschlossenen Maßnahmen zufrieden.

Von linker Seite wird der Wunsch geäußert, die Akten im Rathaus an Sonntagen bereits von 8 Uhr an einzusehen zu lassen. Die Erläuterung wird zugestimmt.

Auf eine weitere Frage des Herrn Stadtverordneters Reyer, wie weit die Errichtung des Gewerbegebietes gedehnt sei, wird erwidert, daß die Ortsgerichte der Oberbehörde zur Genehmigung vorliegen.

Herr Vorsteher Gütther bringt die Erhöhung des Hypothekenzinsfußes bei der Sparkasse zur Sprache. Herr Bürgermeister Dr. Scheider begründet diese Maßnahme in längeren Ausführungen. Die Erhöhung sei reiflich erwogen und von allen Sparkassen vorgenommen worden. Die Bemerkungen von linker Seite, daß die Arbeiter und Beamten wegen geringer Einnahmen gestungen seien, ihre Einlagen zurückzugeben, und daß auch eine Erhöhung der Einlagenzinsen angebracht sei, widerlegt er. Die Einlagen in den letzten Monaten hätten die Rückzahlungen übersteigt. An den Spareinlagen sei eine große Anzahl Arbeiter beteiligt. Von einem Geldmangel könne nicht gesprochen werden, die Nachfrage nach Hypotheken-Darlehen hätte immer berücksichtigt werden können. Die geforderte 1%ige Erhöhung würde bei Mietzahlungen weniger in die Waagschale fallen, als die große Umwälzung durch Einführung des Reichsmietengesetzes.

Darauf nichtöffentliche Sitzung.

— Die Personenschiffahrt auf der Elbe. Die anhaltende Trockenheit bereitet, wie im vorigen Jahre, der Elbeschiffahrt auch in diesem Sommer große Schwierigkeit. Die Personendampfer sind infolge der schlechten Wasserverhältnisse nicht in der Lage, ihre Trag- und Ladefähigkeit voll auszunutzen, sodas an zahlreichen Zwischenstationen wartende Fahrgäste nicht aufgenommen werden konnten. Bei weiterer Einlenken des Wasserstandes dürfte mit einer völligen Einstellung der Personenschiffahrt gerechnet werden. — Auf eine Anfrage an der Riesaer Verwaltungsstelle wird uns mitgeteilt, daß auf Anordnung der Direktion heute abend das letzte Schiff nach Mühlberg fährt. Der Verkehr zwischen Riesa und Dresden wird noch aufrechterhalten. Sobald der Wasserstand sich hebt, werden auch die Fahrten nach Mühlberg wieder aufgenommen.

— Wichtig für Tabakpflanzer. Sämtliche Tabakpflanzungen sind bis zum 15. Juli d. J. bei der

aufständigen Gemeindebehörde, in Riesa bei dem Zollamt (Stadt), auf besonderen Formularen, welche bei diesen Behörden unentgeltlich zu haben sind, anzumelden. Anpflanzungen nach dem 15. Juli sind innerhalb drei Tagen anzumelden. Werden nicht mehr als 50 Quadratmeter angepflanzt und soll dieser Tabak nur zum eigenen Verbrauch verwendet werden, so ist auf dieser Anmeldung eine Verpflichtung abzugeben, daß der gewonnene Tabak nur zum eigenen Verbrauch bestimmt ist.

— Versammlungen des Elektrizitätsverbandes Gröba. Am 8. cr. hielt der Elektrizitätsverband Gröba in Meißen eine außerordentliche und eine ordentliche Verbandsversammlung ab. In ersterer war über eine Satzungsänderung abgestimmt, welche mit Mehrheit angenommen wurde. In letzterer wurde der Rechnungsbericht für 1921 vorgelegt. Herr Direktor Korff berichtete in längeren Ausführungen über die Entwicklung des Verbandes. Die erreichte Höchstleistung ist auf 13 000 Kilowatt gestiegen, gegen 7800 Kilowatt i. V. Die Stromabgabe stieg von 25 auf 40 Millionen Kilowattstunden. Die vor zwei Jahren begonnenen und mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen Mark errichteten Erzeugungsbauten werden in drei Monaten restlos in Betrieb sein. Infolge starker Anschlufsbewegung sind diese Anlagen im Verlaufe schon alle voll beauftragt und wird bis zum nächsten Jahre eine weitere Uebertragungsleitung nördlich von Chemnitz fertiggestellt, um noch größeren Anforderungen gewachsen zu sein. Es wurde ganz besonders darauf hingewiesen, daß weitere Stromerzeugungsbauten nicht zu umgehen sind. Die Feuerung hält noch dauernd an und so müssen Rücklagen von solcher Höhe geschaffen werden, welche es ermöglichen, die zu erzielenden Anlagenteile ohne Aufnahme neuer Anleihen wieder zu beschaffen. Ohne solche Vorkehrung könnte das Verbandsunternehmen später einmal in eine sehr kritische Lage kommen. Die jetzt geltenden Kleinabnehmerpreise betragen erst das 1/2fache des Friedenspreises. Es findet daher ab 1. Juli eine 50%ige Erhöhung statt. Ferner wurden Aufsichtsratswahlen vorgenommen und hierbei wieder bezw. neu gewählt als ordentliche Mitglieder die Herren Bürgermeister Dr. Nieh, Leisnig, Bürgermeister Kern, Mügeln, Gem.-Vorst. Vennowis, Glaußig, Gem.-Vorst. Schwabe, Rauba, Rittergutsbes. Gabegaast, Mannschah, Rittergutsbes. Findeisen, Vorkühn, Als Oben, die Herren Bürgermeister Morgenstern, Dresden, Ratsmitglied Wittig, Rauberg, Gem.-Vorst. Grenlich, Tolbern, Gem.-Vorst. Thomas, Großweischen, Rittergutsbes. v. Schönberg, Bornitz, Konsumvereinsbeamter Radwiz, Leisnig. Betreffs Vergütung der Einbebehörden wurde der Aufsichtsrat beauftragt, für das nächste Jahr Vorschläge zur Beschlußfassung zu machen.

— Der Obstbau im Bezirk im Juli 1922. Der Obstbaubeamte der Bezirkshauptmannschaft übermittelte uns folgenden Bericht: Jetzt können wir beobachten, daß viele Bäume einen ziemlichen Teil ihrer schon ziemlich weit vorgelagerten Früchte abstoßen, manche Pflanzungen zeigen kleine rote sogenannte fuchsig-frühe. Diese Erscheinungen sind auf ungenügende Wasserzufuhr in die Baumkrone zurückzuführen, deshalb ist die reichbehangenen Bäume recht tüchtig bewässern. Besonders viel Wasser benötigen die Spalierbäume. Nach dem Bewässern den Boden nicht verkrusten lassen, sondern locker halten. An den Formbäumen werden alle die Triebe wieder auf 4 bis 6 Blätter entzweit, die ungeschliffen über 20 Zentimeter Länge hinausgewachsen sind. Alle kürzeren Triebe bleiben ungeschliffen. Seittriebe, welche die Form bilden sollen, bleiben ebenfalls ungeschliffen und werden angebeftet. Das Entzweigen der Seittriebe am Wein (es sind die, die an Blattwinkeln der jungen Triebe hervorkommen) bis auf das unterste Blatt wird fortgesetzt. Das Schneiden und Erziehen des Weines, wie ich es im Junibericht angab, kann wiederholt werden. Die Pflanz- und Aprikosenbäume mit trockenen Ästen sind jetzt auszuscheiden, nicht im Winter, die Schnittwunden verheilen jetzt besser. An den Stacheln und auch Johannisbeeren treten jetzt die Rauhpen der zweiten Generation der Stachelbeerblattwespe auf, man bekämpfe mit Croniagrün (80 Gramm auf 100 Liter Wasser und 500 Gramm Kalk). Zum Abfangen der so gefährlichen Obstmade jetzt sogenannte Madenfallen in mittlerer Höhe um die Stämme anlegen. Diese können sein aus Wellpapier, welches nur am oberen Rande um den Baum festgebunden wird, oder Heu- oder Strohhölle werden um die Stämme gebunden. Der Schorfpilz, der das schwarzfleckige Licht hervorruft, zeigt sich jetzt in schwarzen Flecken an den Früchten, nach Feststellung sofort spritzen mit 1prozentiger Kupferkalkbrühe. Jetzt zur Zeit der Fruchtentwicklung und Ausweitung für das nächste Jahr brauchen die Bäume auch viel Nahrung. Man gebe von den leichtlöslichen Düngemitteln pro Quadratmeter Baumgarten 15 Gramm schwefelsaures Ammoniak, 30 Gramm Superphosphat, 20 Gramm 40prozentiges Kalisalz und auch Jauche.

— Beim Einkochen der Früchte in Verschlussgläser ist Zucker nicht unbedingt notwendig, man kann erst später beim Verbrauch süßen. Marmelade, Marm und dergleichen in nur mit Papier verschlossenen Gefäßen läßt sich auch ohne Zucker haltbar herstellen. Auf 1 Kilogramm etwas abgekühlte Fruchtmasse rührt man 1 Gramm benzoesaures Natrium. Auskunft über alle oß- und weinbaulichen Fragen, Besichtigungen und Ernteabschätzungen werden jederzeit unentgeltlich vorgenommen.

— Die Mietervertretung nach dem Reichsgesetz. Ueber die Wahl von Mieterräten ist in dem sächsischen Ausführungsbestimmungen des Reichsmietengesetzes folgende Bestimmung enthalten: „In Hausgrundstücken, für die ein Grund-

fonto besteht und in denen mehr als drei Wohnungen vermietet sind, werden die Befugnisse aller Mieter (die sich aus den von dem Entwurf vorher angeführten Bestimmungen ergeben) durch eine gewählte Mietervertretung ausgeübt. Die Mietervertretung besteht in Häusern mit weniger als 7 Wohnungen aus einem, in Häusern mit mehr Wohnungen aus zwei Personen. Die Wahl dieser Vertreter hat, wenn sich kein anderer Mieter, ohne Widerspruch der Mitmieter zu finden, dazu erdietet, der am längsten im Hause zur Miete wohnende Haushaltungsvorstand zu leiten. Wahlberechtigt sind alle Haushaltungen einschließlich der in Untermiete lebenden Haushaltungen durch die Stimme des Haushaltungsvorstandes, auch wenn dem Haushalt eine Frau vorsteht. Vertretung bei der Stimmabgabe ist zulässig. Wählbar ist jeder zur Miete im Hause wohnende Haushaltungsvorstand, gleichgültig welchen Geschlechts. Eine gültige Wahl kommt nur zustande, wenn die Wahl allen wahlberechtigten Parteien angekündigt ist, und sich mindestens die Hälfte von ihnen an der Wahl beteiligt hat. Gewählt sind diejenigen Haushaltungsvorstände, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit ist gewählt, wer von den Weisheitsgütern am längsten im Hause zur Miete wohnt. Wohnen die Weisheitsgüter gleichzeitig im Hause zur Miete, so gilt der Ältere als gewählt. Das Wahlergebnis ist von dem ältesten Haushaltungsvorstand und dem Hausbesitzer gemeinsam dem Haushaltungsausschuss schriftlich anzugeben. Die Gemeindebehörde kann nähere Vorschriften über die Wahl und die Anzeile treffen. Geschließt dies durch Ortsregeln, so ist zur Genehmigung in Städten mit revidierter Städteordnung die Kreisoberbehörde ermächtigt.

— Neue Erhöhung der Postgebühren. In einer der letzten Sitzungen des Reichstages teilte der Reichspostminister mit, daß sich das Defizit der Postverwaltung im Rechnungsjahr 1922 schon jetzt auf 11 Milliarden stelle. Er kündigte neue Erhöhungen der Post- und Telegrammgebühren mit Wirkung vom 1. Oktober ds. J. an.

— Post-, Telegraphen- und Fernsprecherverkehr mit Ober-Schlesien. Nachdem die Postanstalten im polnischen Abstammungsgebiet Ober-Schlesien am 18. Juni an die polnische Postverwaltung übergeben worden sind, gelten für den Post-, Telegraphen- und Fernsprecherverkehr mit diesem Gebiet die Bestimmungen des Genfer Abkommens. Dieses unterscheidet zwischen dem Verkehr innerhalb des bisherigen Abstammungsgebietes und dem Verkehr zwischen dem übrigen Deutschland und polnisch-Ober-Schlesien. Im Verkehr zwischen Deutschland und polnisch-Ober-Schlesien wird der Postverkehr nach den bisherigen in Deutschland geltenden Vorschriften fortgeführt. Im Telegrammverkehr beträgt die Portogebühr 2 Mk. 10 Pfg., im Fernsprecherverkehr gelten die in Deutschland geltenden Bestimmungen. Die in Deutschland am 1. Juli eingetretene Gebührenerhöhung erlangen im bisherigen Abstammungsgebiet erst nach seiner vollständigen Räumung durch die Interalliierte Kommission Geltung, also erst im Laufe des Juli. Der Verkehr zwischen dem übrigen Deutschland und polnisch-Ober-Schlesien gilt grundsätzlich als Auslandsverkehr, doch werden alle bisherigen Dienstleistungen aufrechterhalten. Nur Postprotestaufträge, Briefe mit Aufstellungsurkunde und Päckchen sind bis auf weiteres nicht zugelassen. Der Paketverkehr ist vorläufig gesperrt; für ihn sind ermäßigte Auslandsgebühren vorgeschrieben. Die Portogebühr eines Telegramms beträgt 12 Mk. 60 Pfg. Im Fernsprecherverkehr bleiben die Sätze des in Deutschland geltenden in Kraft. Die am 1. Juli eingetretene allgemeine Gebührenerhöhung gilt auch für Sendungen nach Deutsch- und polnisch-Ober-Schlesien.

— Staatliche Kraftwagenlinien. Die Sächsische Staatliche Kraftwagenverwaltung eröffnet am 15. Juli 1922 den Betrieb der Linie Klingenthal—Markneukirchen—Abzweig—Bad Elster. Die Kraftwagenlinie von Waldenburg nach Altengrabau muß eingestellt werden.

— Weitere Personalveränderungen. Die nunmehr sechste, wird am 1. September ein Wechsel in der redaktionellen Leitung der „Sächsischen Staatszeitung“ vor sich gehen. Der bisherige Leiter Regierungsrat Dornagel wird in ein anderes Staatsamt versetzt, und an seiner Stelle wird der Berliner sozialdemokratische Schriftsteller Gollas die redaktionelle Leitung der Staatszeitung übernehmen.

— Winte für den Reiseverkehr. Für den voraussichtlich härteren Reiseverkehr während der großen Ferien wird zur Verhütung der sonst unvermeidlichen Störungen bei den Bahnhöfenausgabe- und Gepäckannahmestellen der größeren Bahnhöfe empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Fahrkarten zu lösen und die Gepäckstücke aufzugeben. Nur in denjenigen Fällen ist eine frühere Aufgabe von Gepäck nicht möglich, in denen auf der Bestimmungsstation die Ausständigung des Gepäcks durch den Zugführer erfolgt. Die Gepäckstücke sind fest zu verpacken und gut zu verschüttern. Auch muß jedes Stück die genaue und dauerhaft beständige Adresse des Reisenden (Name, Wohnort, Wohnung) sowie den Namen der Aufgabe- und der Bestimmungsstation tragen. Nach Möglichkeit ist die Adresse an der Stirnseite der Gepäckstücke anzubringen, weil hierdurch das Umladen und das Auffinden der einzelnen Stücke in den Vorräumen sehr erleichtert wird. Vorteilhaft ist es, auch im inneren Raum des Gepäckstückes einen Zettel mit gleicher Aufschrift beizulegen, damit bei Abhandenkommen der äußeren Verpackung und amtlicher Erkennung des Gepäckstückes sofort ein Nachweis des Eigentümers gefunden und das Gepäck unverzüglich nachgeschickt werden kann. Alte Verpackungen und sonstige Beförderungsbezeichnungen müssen sorgfältig entfernt werden, um zu verhindern, daß das Gepäck verschleppt wird. Die Gepäckabfertigungen verlaufen in Abhängigkeit von dem Vordruck für Angabe des Abenders und Empfängers. Empfehlenswert ist auch, gerade während des verstärkten Reiseverkehrs, die Versicherung des Gepäcks, die gleichzeitig mit der Aufgabe bei der Bahn vorgenommen werden kann. Die Bedingungen und Gebührensätze sind durch Aushang an den Gepäckhallen bekannt gemacht. Die Versicherung bietet besondere Vorteile dadurch, daß bei Verlust, Minderung, Beschädigung und Diebstahlversicherung bis zur Höhe der Versicherungssumme der volle entstandene Schaden ersetzt wird, während die Bahn nur in beschränktem Umfange haftet.

— Samstern russischer Rubel. Aus Bankierkreisen ging der Reichsregierung die Mitteilung zu, daß auf dem freien Lande eine lebhaft beunruhigende Agitation zugunsten des russischen Rubels einsetze, und daß tatsächlich an manchen Orten russische Rubel gehandelt werden. Da vorläufig das Papier der russischen Rubel noch nicht den Marktwert deckt, so wird vor solchen Samstern dringend gewarnt.

— Sonderauschuss für die Gemeinde-reform. In der gestrigen Sitzung des Sonderauschusses für Gemeinde-reform wurde der Abschnitt über die Gemeindeverwaltung zu Ende beraten. Anlaß zu längerer Aussprache bot § 100, der die baldige Sicherstellung berufsmäßiger Gemeindevorstandmitglieder im Falle ihrer Nichtwiederwahl verlangt. Der Mitberichterstatter Abg. Dr. Lübschmann beantragte, den nach § 12 oder mehr Jahren nicht wieder Gewählten eine nach der Amtsdauer gestattete Rente auf Lebenszeit zu gewähren, wie das zur Zeit in der Reichsrieten Städteordnung vorgesehen ist. Der unabhängige Nebenamtrag ging dahin, die Hälfte des nicht bezogenen Dienstlohnes nach sechsjähriger Amtsdauer nur auf 4 Jahre, nach 12jähriger Dienstzeit auf 8 Jahre zu gewähren. Verkürzt der nach 6 Jahren nicht

wiebergewählte Amtsinhaber innerhalb der 4 Jahre, so soll sich der Bezug des Witwen- und Waisengeldes auf den Rest dieser Zeit beschränken. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Die Vorlage sieht vor, daß ein Gemeindevorstandsglied sein Amt niederzulegen hat, wenn es mit Gehaltsanspruch bestraft wird. Ein bürgerlicher Antrag, diese Folge nur an die Verurteilung gegen ehrenrührige Verhandlungen zu knüpfen und ungewollte Gärten auszuscheiden, wurde von der Linksmehrheit abgelehnt, angenommen aber der losst-demokratische Antrag, die erwähnte Folge bei Verurteilungen wegen politischer Verfehlungen nicht eintreten zu lassen. Die Bestimmung der Vorlage, daß die Gemeindeverordneten das Dienstverhältnis trotz der Bestrafung fort-dauern lassen können, wurde bei Stimmengleichheit abgelehnt. Das letzte Wort ist hierüber sicher noch nicht gesprochen. Änderungen bei der zweiten Lesung sind wahrscheinlich.

— Anfragen im Landtage. Der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Bille hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Aus Anlaß der wiederholten Demonstrationen in Dresden sind einzelne Trupps in Hotels und Schankwirtschaften eingedrungen, und haben dort unter Drohungen unerhöhte Forderungen gestellt und die Hotelbesitzer, deren Angestellte und Hotelfremde bedroht. Tummelscharen von vielen Landbesitzern von Mark sind in den letzten Monaten den Hotelbesitzern zugesetzt worden, ohne daß ihnen eine Entschädigung ausbezahlt wurde. Durch das Bekanntwerden der Absicht, neue Demonstrationen zu veranstalten, haben viele Fremde Dresden verlassen und zum Teil auf längere Zeit abseits liegende Pensionvereinbarungen gelöst. Ist die Staatsregierung in der Lage und gewillt, die Staatsautorität anzuwenden, damit solche Exzesse in Zukunft vermieden werden, und welche Schritte hat sie unternommen, um den Hotels und den Fremden Schutz zu gewähren? Ist die Regierung bereit, die Hotels bei Unruhen durch Beamte in Zivil zu schützen? Im Verlaufe der letzten Demonstration haben zwei höhere Beamte des Polizeipräsidiums Dresden durch Belohnung und Takt die Auswirkung dieses Unfalls verhindert und dadurch die angegriffenen Personen geschützt. Diese beiden Beamten sind befreit worden. Es wird behauptet, daß die Veranstalter und Verteidiger der Demonstrationen eine solche Strafverlesung gefordert hätten. Ist der dem Landtag allein verantwortliche Ministerpräsident gewillt, solche Maßnahmen eines Ressortministers in Zukunft unmöglich zu machen? — Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgende zwei Anfragen eingebracht: 1. Ist die Regierung bereit, die vom Wirtschaftsministerium unter dem 18. 4. 1922 erlassene Verordnung, den Heilungsunterricht als obligatorisches Unterrichtsfach aus dem Lehrplan für die höheren Abteilungen der sächsischen Handelsschulen angegliederten vierten Klasse zu streichen, zurückzunehmen, weil sie offenbar die Bestimmung der Reichsverfassung verletzt. 2. Bei den letzten Demonstrationen sind in vielen Orten Sachschäden gegen Arbeitgeber und andere Personen zu schwere Ausschreitungen und Vergewaltigungen vorgekommen, daß sich eines großen Teiles der Bevölkerung die größte Unruhe und die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft bemächtigt haben. Sind der Regierung die einzelnen Vorgänge bekannt? Ist sie bereit, dafür zu sorgen, daß Vorfälle dieser Art künftig verhindert werden? Und wird sie alles aufbieten, dem Wirtschaftsleben einen ungehinderten Betrieb zu gewährleisten? — Aus den Haushaltsausschüssen. Bei Behandlung des Kapitels 21 (Zuweisungen) beantragte Abg. Böhmer (D. P.), die auf 900 000 000 Mark geschätzten Zuweisungen zum Ausgleich für die Jahre 1920, 1921 und 1922 auf 300 000 000 Mark zu beschränken und den Rest an Staat und Gemeinden gleichmäßig zu verteilen und auch die Zuschüsse zum Ausgleichsfond, die die Gemeinden nach dem Gewerbesteuerertrag abzuführen haben, in Wegfall zu stellen. Die Mehrheit lehnte den Antrag ab und nahm einen von der SPD. gestellten Antrag an, wonach zwar die Zuschüsse zum Ausgleichsfond herabgesetzt, der gesamte freiverwendbare Betrag dem Staat allein zuzurechnen soll. Von bürgerlicher Seite wurde ohne Erfolg geltend gemacht, daß die Gemeinden einen gleichmäßig beachteten Anspruch zum Ausgleichsfond haben, und daß der Antrag Grund unter Mißachtung der Bedürfnisse der Gemeinden diesen Anspruch verleihe.

— Aus den Landtagsausschüssen. Für die Errichtung einer Wohnnassiedlung für Professoren und Beamte bei der Universität Leipzig gemäß der Regierungsvorlage Nr. 148 wurden 141 000 Mark bewilligt, die in Kap. 91 als Tit. 33. eingebracht wurden. Der Bau ist dringend notwendig durch eine wesentliche Erneuerung des Lehrkörpers. Die aus dem Dienst scheidenden Lehrkräfte bleiben fast reiflos in Leipzig und für die neuen Lehrkräfte müssen unbedingt neue Wohnungen geschaffen werden. Bei einer Anzahl Verurteilungen hat bereits auf die beabsichtigten Siedlungen verwiesen werden müssen, um sie überhaupt für Leipzig zu gewinnen. Hinauskommt, daß demnach die Tierärztliche Hochschule nach Leipzig verlegt werden wird und für die dann von Dresden mit zu übernehmenden Lehrkräfte müssen ebenfalls Wohnungen geschaffen werden. Die geplanten Professorenwohnungen wurden von linker Seite als zu groß bezeichnet. Der Berichterstatter Abg. Fidor (S.) verteidigte die Vorlage, desgleichen alle bürgerlichen Parteien. — Das vom Landtage für den Erweiterungsbau der Urmacherschule in Glas-hütte bewilligte Darlehen von 8 1/2 Millionen Mark wird entsprechend der Regierungsvorlage um 3,7 Millionen Mark auf insgesamt 7,2 Millionen Mark erhöht. — Ferner wurde beschlossen, im Haushaltsplan für 1922 im Kap. 92, Tit. 23 zur Errichtung eines Neubaus für das chemische Institut der Technischen Hochschule in Dresden statt sechs Millionen 18 Millionen einzusetzen. Die Regierung äußerte sich dahin, daß sie die Vorlage wegen der Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Preissteigerungen nötigenfalls ohne Landtagsbeschluss zur Ausführung bringen werde. — Dem Ausschuss lagen fernerhin für die 3. Lesung die Statistisches Jahrbuchministeriums vor, die im wesentlichen mit den Stimmen der Linken angenommen wurden. Die D. P. und die Demokraten bezielten sich ihre Stellungnahme für das Plenum vor. Ein kommunistischer Antrag, bei der Reichsregierung ein Gesetz zu erwirken, das die Verabschiedung der Richter und deren Neuwahl durch das Volk vorzieht, wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag von gleicher Seite, eine Amnestievorlage einzubringen für politische Vergehen, die aus Not und wirtschaftlicher Bedrängnis erfolgt sind, wurde angenommen. Die Regierung erklärte, daß sie eine Vereinfachung des Strafprozesses ohnehin beabsichtigt habe, weshalb ein diesbezüglicher Antrag als erledigt zurückgezogen werden konnte. Die für die 3. Lesung vorbereitenden Polizeikapitel wurden ebenfalls nach der Regierungsvorlage gegen die Bürgerlichen angenommen. Die Kommunisten himmelten zu, befallten sich aber ihre Stellungnahme fürs Plenum vor.

— Der Landesverband Sachsen des Bundes Deutscher Bodenreformer hielt am 1. Juli seine diesjährige Hauptversammlung in Leipzig ab. Als 1. Vorsitzender wurde Herr Max Wagner-Dresden gewählt. Am 2. Juli sprachen in einer öffentlichen Versammlung Herr Geh. Rat Dr. Scharmer über die „Bodenreform in Europa nach der Umwälzung“ und Herr Oberreg.-Rat Dr. Krich vom Landeswohnungsamt über das Thema: „Wo stehen wir mit der Bodenreform in Sachsen? — Eine Entschädigung wurde einstimmig angenommen, in der es heißt: Es ist dringend notwendig, daß den zahlreichen landunfähigen Volksgenossen der Zugang zum Boden ermöglicht wird.

Gummi gegen Eisen

Rad und Auto treten immer mehr in Wettbewerb mit der Eisenbahn. Was für diese die Schienen, sind für jene die Reifen. Je besser diese, um so sicherer die Fahrt. — Wählst Du

Continental

Reifen

dann hast Du das Beste, was Technik schuf.

Aus diesem Grunde ist von den Gemeinden zur Befriedigung des Landbedarfs für Kleingärten und Heimkärten eine großzügige Bodenvorratswirtschaft zu verlangen. Bei der Lösung der Wohnungsfrage ist der Städtebau, vor allem der Eigenheimbau, in erster Linie zu bevorzugen.

— U. Schulzmann und Veriuchsschule. In einer am Mittwoch, 21. Juni 1922, im städtischen Rathaus in Leipzig abgehaltenen Versammlung erklärte Herr Ministerpräsident Buch auf eine Anfrage, ob Eltern verpflichtet oder vielmehr gezwungen werden können, ihre Kinder der Veriuchsschule zuzuführen: „Ein gesetzlicher Zwang besteht in Sachsen nicht. In Dresden bestehen zwei Veriuchsschulen, in die nur solche Kinder gehen, deren Eltern mit den Grundväter sich einverstanden erklärt haben. Wenn sich die fraglichen Eltern beschweren, werden sie mit ihrer Beschwerde zunächst auf Erfolg haben. Eine Änderung wird eintreten.“ In der Elternschaft hat diese Erklärung lebhafteste Befriedigung ausgelöst und beruhigend gewirkt. In Dresden ist es ja schon seitdem dem freien Ermessen der Eltern anheimgefallen, ob sie ihre Kinder in eine Veriuchsschule gehen lassen wollen oder nicht. In Leipzig dagegen hatte man unter Nichtachtung des bestehenden Gesetzeszustandes, monach ein gesetzlicher Zwang, die Kinder in Veriuchsschulen zu schicken, in Sachsen nicht besteht, auch für die Veriuchsschulen den Bezirkszwang eingeführt und dadurch viele Beschwerden der Elternschaft hervorgerufen.

— Gröbba. Der zweite von Herrn Organist Wolle in unserer Kirche verankaltete Orgelabend war recht gut besucht. Dem Leitgedanken des Ganzen „Die Nacht ist da, Herr, sei mir nah“ Rechnung tragend, führte der Vortragende die Hörer ein in die Stimmung, die am Abend, nach getaner Arbeit, in einem stillen Hause herrscht. Die abwechslungsreich und geschickt zusammengestellte Vortragsfolge suchte im Hinblick auf den Hauptgedanken vollständig, im edelsten Sinne des Wortes, zu wirken. Die Ausführung wurde eingeleitet durch ein Werk des Dresdner Meisters Hans Fährmann, „Deimkehr“ betitelt, das trotz kontrapunktischen Beiwerkes und sinniger Kleinmerei den durchgeführten Hauptgedanken klar erkennen ließ. Berlin ihrer Kunst boten die Solisten des Abends. Mit „Maria Wiegand“ von Regner sang sich Fräulein Euse Wolle wiederum in die Herzen der Zuhörer. Die vollendete Wiedergabe der inulgen gemütvollen Regenerischen Weise fand dankbare Zustimmung wohl bei allen Hören. In Herrn Georg Meyer lernten wir ein recht ansprechendes Talent kennen, dem vorzügliche Stimmittel zu Gebote stehen. Die von ihm vorgetragenen Abendlieder hinterließen einen tiefen und nachhaltigen Eindruck. Die gleiche Wirkung erzielte das seltene Violinpiel des Herrn Ing. Krauth. Der starke Besuch war ein schönes Zeugnis dafür, welches Interesse man in Gröbba der Kunst überhaupt und der Orgelmusik des Herrn Wolle, der sich im Solospiel wie beim Begleiten als Meister seines Instruments erwie, im besonderen entgegenbringt.

— Döbeln. Der 21. Jahre alte Arbeiter Naumann aus Greunig bei Döbeln wurde in der Freitagnacht auf dem Wege nach Greunig in der Hofmeier Straße von einem jungen Menschen überfallen und seiner Bursche in Höhe von 800 Mark beraubt. Durch die angestellten Verhörungen ist es der hiesigen Polizei gelungen, den Täter in dem hier mohnhaften 18 Jahre alten Arbeiter Wehner zu ermitteln und festzunehmen. Der Räuber hatte sein Opfer schon im Eisenbahnzug beobachtet und nach beendeter Fahrt verfolgt.

— Döbeln. Das Döbeler Schützenfest findet nächsten Sonntag, den 16., bis Mittwoch, den 19. Juli, statt. Am Sonntag 2 Uhr großer Festzug, am Dienstag abend 9 Uhr Brillant-Feuerwerk. Der Festplatz ist gut besetzt, u. a. wird Nikus Busch anwesend sein. — Der Sächsl. Schuhmacher-Innungsverband verankaltet vom 29.—31. Juli eine Fachausstellung für das Schuhmacherhandwerk, bei welcher erstklassige Schuhmacherarbeiten, jedoch auch Schuhmacherbedarfsartikel, Leder, Schuhmaschinen, fertiges fabrikmäßig hergestelltes Schuhwerk aller Art zur Ausstellung kommen werden. Die Stadtverordneten haben 5000 Mark für Ehrenpreise bewilligt.

— Freiberg. In der letzten gemeinsamen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten erhoben die Linksparteien außerordentlich heftige und schwerwiegende Vorwürfe gegen den in Bad Sulza zur Kur weilenden Oberbürgermeister Haupt, sowie gegen den „Freiberger Anzeiger“ als Amtsblatt. Dem „Freiberger Anzeiger“ sollte der Amtsblattcharakter entzogen werden. Oberbürgermeister Haupt solle unverzüglich zurücktreten, um in Gegenwart berufener Vertreter die von ihm verhängten Amtsschranke zu öffnen, da darin Sachen vermutet werden, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Es wurde beschlossen, bis zur sofortigen Rückkehr des Oberbürgermeisters dessen Zimmer zu verriegeln und, falls Dienstvergehen vorliegen, das Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister einzuleiten.

— Dippoldiswalde. Im nahen Reichstädt wurde der Sohn des Fabrikrichters Heide auf dem Felde vom Blitz erschlagen. Eine in der Nähe befindliche Woge wurde zerstört, konnte aber wieder zum Leben zurückgebracht werden. Heide trug, dem Dorfe zustrebend, eine Sense auf dem Rücken. Es mag dies wieder eine Warnung sein, Sensen und dergleichen lieber im Stroh zu lassen, als sich in Gefahr zu bringen.

— Kadetern. Die Stadtverordneten haben auf Antrag des Rates 15 000 Mark bewilligt zur Ausgabe verbilligter Kartoffeln an besonders Bedürftige.

— Dresden. Das starke Anziehen der Gehälter, Löhne und Materialpreise in den letzten beiden Monaten haben nunmehr auch die Dresdner Straßenbahn gezwungen, dem Beispiele anderer Städte zu folgen und vom 3. Markt zum 4. Markt-Tarif überzugehen. Die Preiserhöhung tritt mit Montag, den 17. Juli, in Kraft. — In der Nacht zum Mon-

tag sind zwei Blinde Korkmacher, 34 und 35 Jahre alt, am Scherplatz in einem Straßenbahn-Motorwagen hineingelassen und von der Schutzvorrichtung aufgefangen worden. Beide sind schwer verletzt und dem Krankenhaus Johannstadt zugeführt worden. Dem Straßenbahnführer kann keinerlei Schuld zugemessen werden.

Dresden. Am Dienstag morgen hat der schwerverletzte Lagerist Müller den 77-jährigen Handlungsgehilfen Karl Dürlein erschossen und sich dann freiwillig der Polizei gestellt. Dürlein soll zu der Frau des Müller unerlaubte Beziehungen unterhalten haben. Müller ist in der Zigarettenfabrik Penzke in Dresden beschäftigt und schwer nervenleidend. Er ist 32 Jahre alt und wohnt in der Weinbühlstraße 21. Er wurde von der Polizei in Haft genommen.

Schirgiswalde. Töblich verunglückt ist der Fabrikarbeiter Josef Kammer von hier. Auf der Ausfahrt des Radfahrervereins „Spreetal“ zum Bundesfest des Kaufmännischen Radfahrerbundes in Görlitz kürzte er, von einem anderen Radfahrer angefahren, von Rade und wurde von dem hinter ihm kommenden Radfahrer überfahren. An den erlittenen Verletzungen ist er im Görlitzer Krankenhaus gestorben.

Jwickau. Wie bekannt wird, sind die „Hausfuchungen“ durch verantwortliche rassistische Elemente in weit größerem Umfange ausgeführt worden, als zunächst angenommen wurde. Die „Jwickauer Zeitung“ teilt darüber u. a. folgendes mit: Bei Dr. G. sind Silberfächer, Pelze und andere Wertgegenstände gestohlen worden. In einer Weinprobe wurden die Fenster zertrümmert, durch sie eingestiegen, dabei die Gardinen zerrissen und den Anwesenden 10 Pfälischen Vögel und Kognak zugebracht, die diese teils gleich austrinken begannen, teils einsteckten und damit verschwanden. Bei Altwarenhandlung B. drangen acht Mann in den Laden ein. Vier Personen besetzten den Kassier. Die Eindringlinge erpressten unter dreimaliger Bedrohung der Frau B. mit einem Revolver Bargeld von über 18000 Mark. In der Waffenhandslung H. wurde der Laden gründlich ausgeräumt. Es sind Waffen und Munition im Werte von über 25000 Mark gestohlen worden. In dem Geschäft von A., Blauensche Straße, wurde die Fenster Scheibe zertrümmert und Sanftschalen und Portemonnaies entwendet. Auch im Schuhwarenhaus R. ist das Schaufenster zertrümmert und die Auslage geplündert worden. Einem Kutscher wurden aus der Wohnung Anzüge mitgenommen. In größerem Umfange wurde die Wohnung eines Kommerzienrats von Plünderern heimgesucht. Es konnte noch nicht festgestellt werden, was alles dabei mitgenommen wurde. Eine Erpressung von Bargeld bei G. mittels eines gefälschten Scheines vom Kronenschatz konnte durch hinzukommende Arbeiterwache verhindert werden. In die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalen Jugendbundes kletterten Burichen durch ein Fenster, das sie zertrümmerten, ein zerstücktes Bild, durchwühlten Kästen, vernichteten Vereinspapiere, brachen zwei Bücher-schränke auf, versuchten auch eine Zimmertür aufzubrengen, was aber nicht gelang, und entwendeten die Bibliothekskasse, die einen kleinen Betrag enthielt. Stadtarzt Dr. Keller wurde unter Todesbedrohungen mit geordnetem sabbatlicher Wollust geschlagen und gezwungen, so daß er gar nicht bemerkte, daß er — Kopf und Körper waren über und über geschwollen — auch einen Weiserstein in die Lungengegend erhalten hatte. Erst etwa sieben Stunden später wurde an seinem Anzuge das ausgefrönte Blut bemerkt und daraufhin ein Verband angelegt. In der 5. Morgenstunde konnte dann schließlich seine Überführung ins Krankenhaus erfolgen. Vorher hatte die Menge noch wiederholt gedroht, ihn totzuschlagen, so daß der Abtransport unmöglich war. — Der Leiche der vermissten 10 Landespolizeibeamten ist erheblich verlegt in einem hiesigen Krankenhaus ermittelt worden.

Grün bei Penzke. Als der 64-jährige Zimmermann Franz G. Kraft seinem Sohne, dem Wirtsbefehrer A. Kraft, auf dem Felde beim Rechen-Ausfladen half und dabei oben auf dem Wagen stand, wurden die Pferde unruhig und zogen an. Dabei erhielt der Wagen einen kräftigen Ruck, infolgedessen stürzte Kraft sen. kopfüber vom Wagen. Er schlug mit dem Kopfe so heftig auf den Erdboden auf, daß die Halswirbelsäule brach und der Tod sofort eintrat.

Orlik. Waffen gefunden wurden in der früher Wittlischen Villa. Ein kürzlich neu eingezogener Bewohner des Hauses fand auf dem Boden fünf Pistolen, die anscheinend Kriegsmaterial enthielten. Bei Öffnung derselben durch die sofort benachrichtigte Polizei fand man Wurmmunition und Gewehre. Die Polizei beschlagnahmte das Material. Die Pistolen gehörten zum Nachlaß des verstorbenen Hauptmanns Rain.

Wetshain. Ertrunken ist hier der 9-jährige Schulknabe Erich Gerold. Er führte seinen Hund spazieren, hat diesen wahrscheinlich in einen Teich geworfen und ist durch die Kette selbst mit ins Wasser gerissen worden.

Deisnigk i. B. In der Nacht zum Sonntag wurde der Besitzer einer an der Forststraße gelegenen Villa durch heftiges Ausgehen seines Hundes aus dem Schlaf geweckt.

Die goldene Bräute.

Ein Roman aus der Wiedermelierzelt von Annu Wolke.
Amerikanisches Copyright 1918 by Annu Wolke-Masch, Leipzig.

37. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ach, Kind, ich bin nichts weniger als gut. In meinem Leben ist alles voll Groll, daß und Bitterkeit. Demwegen, Dörchen, weil ich dich so unbeschreiblich lieb habe, lüde ich diese Gefühle zu bekämpfen, denn, mein holdes Mädchen, ich möchte dir nur Liebe auch wert sein.“

Dörchen lächelte selig zu ihm auf. Wo war all die Angst und Not, die Qual der letzten Tage, nun Eberhard bei ihr war? Alle Sorgen stelen von ihr ab, und neues Hoffen und Vertrauen schwellte ihre junge Brust.

Und Eberhard erzählte von einem wunderbaren Laus am blauen Meer, das kein war, mit Säulenhallen aus weißem Marmor, von Rosen überwuchert und von Seeschwärmen umflüht. Er schätzte Dörchen die Ortschaft mit der herrlichen, goldgetönten Altstadt so anschaulich, daß Dörchen den Atem anhielt und nicht genug hören konnte von den Schönheiten dieser fremden Märchenwelt, in der Eberhard lebte.

Eine Sehnsucht, unbeschreiblich groß und heiß, mit ihm in das fremde Wunderland zu gehen, lag in Dörchen auf, und ihre schwankende Seele wurde immer sicherer und fester, und ein fast harter Zug, der an ihren Vater erinnerte, grub sich um den zarten Mund.

Eberhard rebete einbringlich auf Dörchen ein. Zuweilen wehrte sie ihn erschrocken.

„Das ist ja unmöglich, Eberhard.“

„Aber der weit über seine Jahre ernste Mann erwiderte ihr: „Was Eberhard Immelman will, Dörchen, das ist nicht unmöglich. Alles ist reichlich erzwungen. Wenn ich ich gebe, daß du deiner Kindespflicht noch einmal Gehör gibst. Versuche es ein letztes Mal, deinem Vater umzustimmen. Wie ich ihn kenne, wird er dich wieder zurückweisen, und du wirst einsehen, daß wir so handeln müssen, wie ich vorschlage. Uebermorgen ist der Hochzeitstag deiner Hochzeit, die man über deinen Kopf hinweg rückt. Wie mir Kette sagte, wird es eine große Festlichkeit im Hause geben. Ich habe von Vortage abend auf den Tisch geordnet, Uebertragung von Franz und Schleiter — er lachte bitter auf — „und nachher Tanz und anderen Festsachen. Die große Gesellschaft wird dir leicht Gelegenheit bieten, dich zu dem Herrn abzusondern.“

Als der Besitzer nach der Ursache, die den Hund in solche Aufregung versetzt hatte, sehen wollte, fiel ein Schuß, der den Hund in den Kopf traf, aber nicht tödete. Die Eindringlinge, die gleich darauf entflohen, warfen mit Steinen nach dem Fenster. Die Spuren davon waren am Sonntag morgen deutlich zu erkennen.

Grünau. Der Plünderer Stadtrat beschloß, falls die Umwandlung des hiesigen Sanatoriums in ein Kinderheim aus finanziellen Gründen scheitern sollte, mit dem Verband sächsischer Ortskrankenkassen wegen Verpachtung in Unterhandlungen zu treten.

K. u. e. Mit 12 gegen 12 Stimmen wurde von den Stadtverordneten der kommunistische Antrag wegen Bildung eines Ausschusses zur Umbenennung der Straßen mit an die monarchische Zeit erinnernden Namen abgelehnt. Bei der Aussprache erklärte Bürgermeister Hofmann, so lange die Internationale auf den Straßen gesungen würde, könnte auch der Gesang patriotischer Lieder in Wirtschaften nicht verboten werden; es müsse gleiches Recht für alle gelten. Die rechte Staatsgesinnung zeige sich nicht in Neuschlichtereien.

W. r. u. e. Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm einen recht erregten Verlauf und war teilweise hochpolitisch. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde ein Antrag der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft angenommen, die Kaiser-Wilhelm-Straße in Rathenaustraße, die Bismarckstraße in Hebelstraße und die Moltkestraße in Liebknechtstraße umzubenennen. Weiter wurde ein Antrag der Linken angenommen, das Ausschließen schwarz-weiß-roter Fahnen durch Ortsgesetz zu verbieten. Ein von der Linken mehrheitlich angenommener Antrag forderte den Rücktritt des 1. befohlenen Stadtrates Dr. Trojitsch, da dieser wegen seiner deutschnationalen Gesinnung nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterklasse bei der Leitung des Polizeiwesens habe.

Leipzig. Zwei studierende französische Schweizer namens Velas und de Kapraz stimmten während der Trauerfeier für Mathieu auf dem Augustusplatz die Parzellisten an und begannen Jumm zu tanzen. Außerdem ließen sie herausfordernde Reuerungen gegen Deutschland fallen. Zur Bekämpfung ihrer Personalien sollten sie von Polizeibeamten nach der Wache gebracht werden. Auf dem Wege dorthin entriß die Menge die beiden den Schulstücken und verprügelte sie. Einer von ihnen entfiel, wurde aber eingeholt und erhielt eine zweite Tracht Prügel. Die Menge, aus der wiederholt der Ruf: „Nieder mit Frankreich!“ drang, war aufs äußerste erregt.

Sachsenleipisch. In der Kappe wurde am Montag der Bremser W. Dieckhoff von einem Kohlenwagen überfahren. Der Aug trennte ihm ein Bein ab; infolge des Blutverlustes ist er noch am selben Tage gestorben. — Am Sonntag brachte ein Auto aus Gröbbitz den Schlosser Schmidt in bewußtlosem Zustand hier an. Er hat mit noch einem Kollegen an der elektrischen Leitung gearbeitet. Sein Arbeitsgenosse war mit der Starkstromleitung in Verbindung gekommen und schloß Schmidt an. Durch schnelle Befreiung stürzte er ab. Als er aus der Bewußtlosigkeit erwachte, war es für seinen Kollegen zu spät; er hing tot in den Drähten. Schm. wird hoffentlich bald wieder genesen.

Ramenz (Schl.). In einem Abteil 4. Klasse des Personenzuges Frankenstein-Ramenz waren von einer Zigarette brennende Stühle in den Schirm eines Reisenden gefallen. Blödsinnig schlug eine Flamme aus diesem hervor und ergriff die leichte Sommerkleidung einer neben dem Rauchenden sitzenden jungen Dame, die sofort in hellen Flammen stand und so schwere Brandwunden erlitt, daß sie sich, fast völlig entblüht, in Ramenz in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Leipzig. Ein 17 Jahre alter Schüler einer hiesigen höheren Lehranstalt hat sich Betrügereien im großen Umfange zuleiden lassen. Er hat Hausamteilungen in vollendeter betrügerischer Weise systematisch durchgeführt auf Grund selbst angefertigter Listen. Das Geschäft war so einträglich, daß er mehrere Schüler des Gymnasiums warb, die für ihn das Handwerk ausübten. Der Polizei ist es leider nicht gelungen, die Listen der Hausamteilungen zu beschlagnahmen. Der junge Betrücker hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen und seinen Eltern mitgeteilt, daß er sich das Leben nehmen wolle.

Das Ruhrgebiet vor wichtigen Entscheidungen.

Auf den 300 Ruhrgebiets werden in diesen Tagen 550000 Kündigungszettel durch den Verband der Bergarbeiter Deutschlands gesammelt. Da viele Kündigungszettel bis zum 13. Juli eingehen, wird die am 14. Juli in Bochum stattfindende Revierkonferenz des alten Verbandes es abhängig machen, ob vom 15. Juli zum 1. August gekündigt wird. Wie unser Berichterstatter im Ruhrgebiet erfährt, haben bereits einzelne Belegschaften gekündigt die Kündigung unterschrieben, auf anderen über 60, 70, 80 Prozent. Da, wo die Belegschaft größtenteils örtlich organisiert ist, sind es sogar noch weniger. Soweit man bisher übersehen kann, wird sich eine ziemliche Mehrheit für die Kündigung ergeben.

„Lust du Mut, mein Dörchen? Kannst du unserer Liebe das Hefenopfer bringen, für das ich dir danken will, solange ich lebe?“

„Ja, Eberhard, ich habe den Mut. Die Verzweiflung, daß man mich mit Gewalt in das verfluchte Joch zwingen will, wird ihn mir geben, wenn ich sagen sollte. Und dann der Gedanke an dich, an deine große Liebe, die mich treulich und stark über die Abgründe und Tiefen trägt. Dir vertraue ich, auf dich baue ich wie auf den Fels. In deine Hand, Eberhard, lege ich mein Schicksal. Du bist mein Leben, ohne dich bin ich nichts. Du bist meines Lebens Stern, zu dem ich immer die goldene Bräute meiner Sehnsucht spanne.“

Wortlos hielt er das heißeste Mädchen an seiner Kopfbend Brust. Und als er sie ganz liebte und zart auf den kleinen, bebenden Mund zum Abschied küßte, da gelobte er sich in seiner innersten Seele, dieses Kleinod, das Gott ihm beschert, immer heilig zu halten und ihr niemals das schwere Opfer zu vergessen, daß sie ihrer Liebe gebracht hatte.

Der Jasmin freute seine duftenden Blüten über das Haar und Rechenjubiläum und Schwalbengeswitscher war in der blauen Luft.

Still führte Eberhard Dörchen Bauer zu der draußen vor dem Tore harrenden Droschke zurück. Lange sah er dem ungetümmten Gefährt nach, das die Geliebte heimwärts führte ins Elternhaus. Noch lange wanderte er durch die von Rosen und Jasmin umhüllten Wege des alten Schlossgartens und träumte von seinem Glück, das er sich aufbauen wollte weit drüben über dem blauen Meer, in dem von Wellen umflühten sonnigen Ufern, der Stadt der Griechen.

Die Jugend träumt und hofft ja so gern, was sie sich ersehnt.

Und in seinem leidenschaftlichen Herzen lebten tausend bunte Wünsche und unerschütterliches Können.

Dörchens Vortageabend war gekommen. Am Vormittag hatte Dörchen eine heftige Unterredung mit ihrem Vater gehabt, in der sie ihn nochmals inständig gebeten, sie nicht an Dewy zu binden. Eberhard Bauer hatte sie zornig wie immer zurückgewiesen und betont, daß er nicht Lust habe, ihre kindlichen Tränen länger zu ertragen. Wenn sie glaube, durch eine Auflösung der Verbindung diesen hergelaufenen Revier, den Immelman zu gewinnen, sei sie auf dem Holzwege. Niemals würde dieser Mensch mit seiner Einwilligung sein Schwiegersohn werden. Unbe-

Die Kündigung braucht den Streik nicht nach sich zu ziehen. Von den in Essen unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers beginnenden neuen Verhandlungen mit dem Revierverband und den vier Bergarbeiterorganisationen wird es abhängen, ob das Damoklesschwert, das über unseren Häuptern hängt, herniederfällt und uns mit dem Streik blutige Unruhen und französische Besetzung bringt. Bei den obwaltenden Differenzen handelt es sich nicht mehr um das Lohnabkommen — Lohnfragen werden erst dann in die neuen Verhandlungen hineingespielt, wenn die Marktentwertung anhält —, sondern um Fragen, die sich auf das Betriebsratsgesetz beziehen, auf die Fortzahlung des Soziallohnes, auch Krankentage, und Fragen von minderer Bedeutung. Der Hauptkritikpunkt ist das Betriebsratsgesetz. Die Führer des alten Verbandes erklären, die Gebild der Bergarbeiter sei hier zu Ende, sie wollten nicht, daß durch Absozialentziffer die Rechte der Betriebsräte weiterhin besetzt würden. Die Unternehmer erklären sich bereit, in den materiellen Fragen entgegenzukommen. Was dagegen die Ergebnisse der Betriebsräte anbetrifft, von denen manche so sind, daß man nicht mit ihnen arbeiten kann, so will die Verwaltung keinesfalls das Best aus den Händen geben.

Da hier hart gegen hart steht, so wird es harte Auseinandersetzungen geben. Es besteht aber auf beiden Seiten, wie man auf Grund guter Informationen versichern kann, der lebhafteste Wunsch, zu einem modus vivendi zu gelangen, denn auch die Führer des alten Verbandes wissen, was auf dem Spiel steht. Anders die Unionisten, die den Sauerriegel im Arbeiterheer bilden und es ruinieren. Sie wollen Kampf und die zweite Revolution. Entschiedene Gegner des Streiks sind der Christliche Gewerksverein und die Polnische Berufsvereinigung. Was das Stärkeverhältnis der verschiedenen Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet angeht, so zählt von den 550000 Bergarbeitern der alte Verband 150000 als seine Mitglieder, die Unionisten und Sozialisten zählen etwa 125000, die Christlichen 100000 und die Polen 20000. Man kann danach mit einer Zweidrittelmehrheit für die Kündigung rechnen, doch sind nicht alle, die kündigen, für einen Streik. Vielmehr hofft man auf eine befriedigende Regelung der strittigen Punkte. Man darf die Aussicht auf eine solche als nicht ungenügend darstellen. Ueberlegungen sind aber nicht ausgeschlossen. Auch die Bergarbeiter im Rastattischen Erzrevier wollen am 15. Juli kündigen.

Die heutigen Verhandlungen

über den Manteltarif unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers im Bergarbeiterverein sind in verhältnismäßig weite geführt worden, konnten aber bei der Fülle der schwebenden Fragen noch nicht ganz zu Ende geführt werden. Es besteht jedoch die Ansicht, daß die morgen fortzusetzende Besprechung zwischen den Parteivertretern zu einer Einigung führen wird.

Sächsischer Landtag.

Wsl. Dresden, 11. Juli.

Die heutige Vollsitzung befahte sich zunächst mit der Wahl von vier Mitgliedern zum Ausschuss der Landesbedienstetengesellschaft „Sächsisches Heim“, worauf der bekannte Fall Lohse (Verurteilung des Justizamtmanns Lohse durch den Justizminister), über den schon seit einiger Zeit der Bericht des eingeleiteten Untersuchungsausschusses dem Landtage vorliegt, dadurch erledigt wird, daß von dem Bericht Kenntnis genommen wird. Eine Schuld ist nach keiner Richtung hin festgestellt worden.

Es folgten zwei Beratungen über **Stattkapitel und Vorlagen**, wobei die Ausschussentwürfe über die Erbauung eines Beamtenhauses in Vorna, über Beteiligung des Staates am Weiterbetrieb der elektrischen Straßenbahn Lothwitz-Bilzig, über Erhöhung des Kapitals der Kraftvertriebsgesellschaft „Freistaat Sachsen“ und über Beteiligung des Staates an einer neu zu gründenden Flughafenbetriebsgesellschaft für den Freistaat Sachsen allenthalben Annahme fanden.

Weiter wurden die Eingaben zum **Ortsklassenbescheidnis**, ferner die Gesuche um Gewährung von Wirtschaftsbeteiligungen, die Eingaben zur **Befreiungsbewerbung**, sowie die Eingabe des Landesauschusses des sächsischen Handwerks in Dresden, betreffend die **Verwertung des Reichsbedienstetengesetzes in Dresden**, ebenfalls nach den Ausschussberichten angenommen.

Nächste Sitzung morgen Mittwoch nachmittags 2 Uhr. Rurige Anfragen, Altersgrenzengesetz für Richter, Kriminalpolizei und Polizeidienst u. a. m.

Eine Ferienwischentagung des Landtages.

Wie der Teunion-Sachendienst zuverlässig hört, wird der Landtag am 28. August eine Ferienwischentagung abhalten, in der die Regierung die Vorlage betreffend das Volksbegehren dem Landtage vorlegen wird.

dem hätte Dewy sein Wort und er set nicht der Mann, in letzter Stunde sein Wort zu brechen. Ihr schiene es auf einen öffentlichen Skandal nicht anzukommen, er aber dachte nicht daran, sich dem anzuflehen. In der Familie Bauer set bisher alles tadellos zugegangen und ihre Widerpenstigkeit sollte keinen Schandfleck auf seinen Namen werfen.

Eine Stimme hatte durchs ganze Laus gebonnert, so daß Dörchen erschrocken hinzutrat, das heraufweinende Dörchen liebevoll in ihre Arme nahm und sie mit zarter Fürsorge zu trösten versuchte.

Zum ersten Mal hatte sich Dörchen verzweifelt an die Stiefmutter geklammert, wild aufschreiend:

„Er stößt mich von sich. Er hat kein Herz für seine Kinder — ich muß vergessen, daß ich einen Vater habe, den ich geliebt, obwohl ich ihm nie diese Liebe zeigen durfte.“

„Armes Kind“, hatte Dörchen mitleidig geäußert. „Wie gern möchte ich dir helfen. Aber ich bin machtlos deinem Vater gegenüber geworden, so bald es sich um euch handelt. Nun heißt es tapfer sein, mein liebes Dörchen. Ich will dir helfen, so viel ich es vermag.“

Dörchen hatte sich stolz aufgerichtet.

„Ja, ganz tapfer“, hatte sie geantwortet, werde ich sein, unbeschreiblich tapfer.“

Sie hatte dabei die Stiefmutter ganz seltsam angeblickt und wie ein Schauer rann es durch Dörchens Seele. Dörchen hatte plötzlich Angst um Dörchen. Sie ging zu ihrem Mann, und versuchte, ihn in letzter Stunde umzustimmen.

„Nicht ist es Zeit, Eberhard“, mahnte sie. „Nicht das Kind nicht unglücklich. Es ist fürchterlich, die Frau eines Mannes zu sein, den man nicht liebt.“

Eberhard Bauer lächelte ironisch und sah fast belustigt seine schöne Frau an.

„Du tust, Dörchen, als sprädest du aus Erfahrung und doch warst du es immer, die behauptete, die Liebe fände sich in der Ehe. Buerst war es ja dein Wunsch, der überhaupt die Verbindung mit Dewy in Fluch brachte.“

Dörchen senkte schuldbehaftet das Haupt.

„Du hast recht, Eberhard. Ich glaube, ich habe damit eine Lobrede auf mich gehalten. Dürfte ich damals deine Kinder so verstanden, wie ich sie jetzt verstehe, ich hätte niemals versucht, einen Druck auf Dörchen auszuüben.“

Fortsetzung folgt.)

Die Preisschranke.

Wohin? Volkisch beginnt in Deutschland wieder die ... Die Pläne der Koalitionserweiterungen sind einflussreich begraben und das ist das Vernünftige, denn in der Erregung kann man keine entscheidenden Entschlüsse fassen.

Am nächsten ist die Steigerung für Textilien und Leder mit dem 140fachen des Vorkriegspreises in ... Der Baumwollpreis ist im letzten halben Jahre von 38 Mark auf 208 Mark für das Kilo gestiegen.

Ernsteste Besorgnis in Berlin.

Der Berliner Magistrat hat am 7. Juli nachfolgendes Schreiben an das preussische Staatsministerium gerichtet: Der Magistrat hat mit ernstester Besorgnis der weiteren Entwicklung der Ernährungslage entgegen.

Deutscher Reichstag.

Mittw. Berlin, 11. Juli.

Vorlesung der zweiten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

verbunden mit dem gleichnamigen Initiativantrag der Unabhängigen. Abg. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze.

Abg. Straß-Würdingen (Dnat.): Auch im Ausschuss wurde uns das Gesetz mit der gleichen Aufforderung wie früher vorgelegt: 'Frisch Vogel oder Hirsch!' Von fern hörten wir das Donnerrollen einer nahen Katastrophe.

Den Rathenau-Mördern auf der Spur.

Berlin, 11. Juli. (Kunstliche Meldung.) Den beiden Mordtäter Rathenau des Ministers Rathenau, dem Ingenieur Hermann Fischer und dem Oberleutnant A. S. a. D. Edwin Kern, ist die Berliner politische Polizei auf der Spur.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß die beiden Mordtäter sich vom 4. bis 6. 7. in Bismarck in Mecklenburg, am 7. 7. in Neu-Raltes und am 8. 7. in Lensen a. C. aufgehalten haben.

Am Sonntag früh gegen 3 Uhr waren die Mordtäter in Badebusch, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag haben sie bei Bismarck (nahe Ahrenbeck) eine General-Kassette verloren.

Beschreibung der Mordtäter: Fischer: 1,78 m groß, braun gebrannt, eingefallenes Gesicht, blaues Jackett, graue Militärmütze, Wadenstrümpfe, schwarze Schuhe, grauer weicher Filzhut.

Polizei, Eisenbahn- und Postbehörden sind von der Berliner politischen Polizei bereits seit Tagen über die Sachlage unterrichtet. Alle erdenklichen amtlichen Fahndungsmaßnahmen sind im Gange.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Wir haben eben eine sehr provozierende Rede gehört. Sie paßt zu dem Bilde, das wir uns von den Deutschnationalen gemacht haben. Was bedeutet das Gerede von dem Trennungstrieb?

Der Reichsleiter Seitzinger Minister Sipinski stellt die Ausführungen des Abg. Graef dahin richtig, daß nach amtlicher schiedlicher Befanntgabe in Weiden nur 2 Personen getötet seien und bebauert, daß Graef seine Ausführungen machte, obwohl ihm der Tatbestand bekannt sein mußte.

Abg. Dr. Kopp (Unabh.): Seine Partei verlange keine Rehergerichte, aber es sei von ausfallender Bedeutung für sie, daß Polen am Staatsgerichtshof teilnehmen, die auf dem Boden der demokratischen Republik ständen.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Propagationsreden, wie diejenigen Graef's führen zu Katastrophen. Sollen wir warten, bis aus der letzte Minister der Republik ermordet ist? Solche Maßnahmen helfen nicht.

Abg. Dr. Kohl (D. Vp.) warnt vor verhängnisvoller Eile und rednet auf vorurteilsfreie Prüfung der Anträge seiner Partei. Gefinnungen werde man mit dem Gesetz kaum ändern.

Abg. Dr. Schilling (Dem.) verweist auf die Verschärfung hin, welche die demokratische Partei in das Gesetz hineingebracht hat. Auch das Sprengen öffentlicher Versammlungen soll künftig verboten sein.

Abg. Emminger (B. Vp.): Wenn heute in Bayern eine Volksabstimmung stattfände, würden 80 Prozent der Bevölkerung für die Monarchie stimmen. Trotzdem denke in Bayern kein vernünftiger Mann daran, etwa durch Staatsstreich die Monarchie wiederherzustellen.

Reichsminister Dr. Bittig: Wir sind uns alle darüber klar, daß die Häufung der Anwendung der politischen Verb-

wird aufgerufen, die Behörden bei ihrer Arbeit zu unterstützen, Arbeiter, Landleute, Eisenbahner und Forstbeamte dringend gebeten, auf die Mordtäter zu achten und alle Wahrnehmungen sofort der nächsten Polizeistelle mitzuteilen.

Mit der bereits ausgelassenen Summe von 1 Million Mark hat die Reichsregierung noch einen weiteren Betrag von 1 Million Mark ausgesetzt und zwar lediglich für die Personen, welche Fischer und Kern ergreifen oder zur Ergreifung und demnächstigen Ablieferung an deutsche Behörden beitragen.

Der Hauptstützpunkt des nach auswärts entsandten Berliner Polizeikommandos, das unter Leitung mehrerer Kriminalkommissare steht, befindet sich z. B. in Gardelegen (auf dem Landratsamt, durch Fernsprecher Nr. 64 zu erreichen).

Die Reichsregierung wünscht, daß diese Bekanntmachung überall veröffentlicht wird.

Im Zusammenhang mit der Verfolgung der Mörder Rathenau's wurden in Bismarck zwei junge Leute verhaftet. In Verbindung mit dem Rathenau-Morde und den in letzter Zeit gemachten Waffenfunden sind in Dresden außer dem Leutnant z. S. Steinbeck Konstantin a. D. Abendroth und Major a. D. v. d. Horste, sämtlich aus Dresden, verhaftet worden.

Zur Unterbindung des Wortes an Rathenau wird aus Berlin mitgeteilt, daß v. d. Horste, v. Baumgärtel, Ehrentraut und Heine vom Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Sie sind oder waren zwar Mitglieder des Deutsch-Völkischen Kampfs- und Treuebundes und der Organisation C, wolle aber von dem Anschlag auf Rathenau nichts gewußt haben.

Nach einem Drahtbericht des 'Vorwärts', die Verfolgung der Rathenau-Mörder betreffend, hat sich in der Gegend von Cebisfelde (Kreis Gardelegen) auf den Aufruf des Berliner Polizeipräsidenten eine große Anzahl von Personen gemeldet, die die Mörder gesehen haben wollen. Die anscheinend wichtige Meldung stammt von einem Volksschullehrer, der zwei junge Leute gesehen haben will, auf die das Signalement der Mörder paßt.

waffe das Ende des Vaterlandes ist. Die Rechte hat zu lange geschwiegen, um die Entgültung der politischen Atmosphäre herbeizuführen. Nebenher verleihe einen Brief des Bundes der Kaiserfreuen vom November 1918 an Seine Excellenz Ebert, worin es heißt, es sei Pflicht jedes Verlässigen, überall, wo sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet hätten oder bilden würden, sich hinter diese zu stellen.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Abg. Dr. Bissel (Soz.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsgesetze. Rechtsgründe kann also Bayern bei seiner Ablehnung nicht haben.

Die Reparationskommission in Paris

veröffentlicht unterm 11. Juli folgende amtliche Mitteilung: Entsprechend der Entschliessung vom 21. März 1922, durch welche Deutschlands Zahlungen im Jahre 1922 festgelegt wurden, hat die Reparationskommission in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, auf die Frankreich von Deutschland zu leistenden Zahlungen einen Betrag von 17 802 002,50 Goldmark abzurechnen, die sich ergeben aus den Zinsen und dem Rezervofonds der Kommission, sowie aus den Zahlungen, die von der luxemburgischen Regierung für Kohlen und vom Textilverbande für die in der Zeit vom 1. November 1921 bis 31. Juni 1922 gelieferten Garbstrohse geleistet wurden. Die Beträge, die Deutschland ab 15. Juli noch zu zahlen hat, vermindern sich von 50 Millionen auf 32 107 297,70 Goldmark.

Eine Ministerkonferenz in London.

Neuer erfährt aus Regierungskreisen, daß Ministerpräsident Poincaré mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage in Deutschland eingeladen werden wird, nicht erst Ende dieses Monats zu der gemeinsamen Ministerkonferenz nach London zu kommen, sondern schon früher. Der Zusammenkunft der beiden Premierminister wird eine Volkskonferenz des Obersten Rates folgen, auf der auch Italien und Belgien vertreten sein werden.

In englischen diplomatischen Kreisen eingelaufene Pariser Berichte belagen, daß die französische Haltung gegenüber der Politik Englands und der Politik der Bankiers, die für eine Unterstützung Deutschlands bei seinen Reparationszahlungen eintreten, eine gewisse Mäßigung erfahren habe. Man glaube, daß auf die Konferenz des britischen und französischen Premierministers eine Konferenz der alliierten Finanzminister und Sachverständigen folgen werde, auf der auch die deutsche Finanzlage im allgemeinen, die Frage der Anleihen und Obligationen und die Möglichkeit eines Moratoriums erörtert werden solle.

Dr. Simons reist nach London.

„Evening Standard“ behauptet zu wissen, daß Dr. Simons sich in Kürze nach London begeben werde, um der britischen Regierung auseinanderzusetzen, daß Deutschlands Rettung nur durch ein Moratorium in Form von internationalen Anleihen möglich sein wird.

Die Beurteilung in Oesterreich.

Die Wiener Blätter besetzen sich andauernd mit der durch die Valutafaktura geschaffenen Lage in Deutschland und Oesterreich. Sie betonen übereinstimmend, daß nur die Revision aller Friedensverträge eine Verringerung der derzeitigen Verhältnisse bringen könne. Das österreichische wie das deutsche Problem seien im Bewusstsein Weltprobleme zu werden. Es hiesse die beiden Staaten ins Verbängnis treiben, wenn die Entente weiterhin gleichgültig tatenlos zusehe, wie alle Antreibungen beider Länder angeht, der unerfüllbaren Friedensverträge umsonst und vergeblich sind. Von der russischen Tragödie sind Oesterreich und Deutschland noch weit entfernt. Aber die Hilfe für die Krone und die Mark müßte rasch kommen, um ein Niedergehen wie das des Rubels aufzuhalten, solle nicht der ganze Kontinent in den Strudel des Verderbens hineingezogen werden, so gelegen die Notlage Deutschlands dem christlichen Frankreich auch kommen mag. Der immer fühlbarer sich auswirkende Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit und Kaufkraft Deutschlands und der Wirtschaft aller europäischen Staaten wird vielleicht doch dazu führen, die Reparationsfrage in die Bahnen rein wirtschaftspolitischer Erwägungen zu leiten.

Sitzung der internationalen Luftfahrtkommission.

Gestern vormittag fand in Paris unter dem Vorsitz Poincarés die erste Sitzung der internationalen Luftfahrtkommission statt, die die Durchführung der Luftfahrtkonvention vom 13. Oktober 1919 kontrollieren soll. Diese tritt heute für folgende 10 Staaten in Kraft: Belgien, Südschweden, Griechenland, Portugal, Japan, Serbien, England, Frankreich, Estland und Bolivien.

Eine Orientkonferenz.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Chronicle“ erfährt: Die britische und die französische Regierung seien jetzt im Großen und Ganzen bezüglich der Einberufung der Konferenz zur Herstellung des Friedens im Orient einig. Es seien noch wenige wichtige Punkte zu regeln. Die Griechen und Türken sollten an einer Konferenz teilnehmen, die in einem Monat einberufen werde. Die italienische Regierung sei, wie verlautet, vollkommen in Uebereinstimmung mit Großbritannien.

Die Zwangsanleihe.

Der Stenographische Bericht des Reichstages erlebte gestern die zweite Lesung des Zwangsanleihegesetzes. Zur Frage der Zuschläge bei zu geringer Vorauszahlung wurde ein Antrag angenommen, wonach von der erhöhten Zeichnungspflicht abgesehen werden kann, wenn Schätzungen des Vermögens mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden sind und wenn der Zeichnungspflichtige mit der Vorauszahlung bei dem Finanzamt unter Darlegung des Sachverhaltes beantragt, ihn von der erhöhten Zeichnungspflicht zu entbinden, falls infolge verschiedener Schätzungen bei der endgültigen Feststellung des Vermögens das endgültige Vermögen das vorläufige Vermögen übersteigen sollte. Ferner wurde beschlossen, daß die Zuschläge nur eintreten, wenn der Zeichnungspflichtige vorläufig oder fahrlässig sein vorläufiges Vermögen zu gering angegeben hat. Angenommen wurde weiter ein Antrag, nach dem vor dem 31. Dezember gezeichnete Zwangsanleihe nur zum Nennwert, höchstens aber mit 50%, bei der Vermögensberechnung bewertet werden soll. Der Zeichnungspreis wurde wie folgt festgesetzt: Juli 94%, August 98%, September 98%, Oktober/November 100%, Dezember 101%, Januar 102%, Februar 104%, vom März ab 106% des Nennwertes. Die Höhe der Zwangsanleihe wurde auf 70 Milliarden festgesetzt. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, wonach das Gesamtergebnis der Zwangsanleihe zur Abdeckung der Zahlungsverbindlichkeiten an die Entente bestimmt ist.

Die Unterbringung der in Schlesien Verurteilten.

Savas teilt mit, daß die von den alliierten Gerichten in Oberschlesien wegen Angriffe gegen die Besatzungstruppen verurteilten 26 Personen am 4. Juli in Begleitung von französischen Gendarmen und englischen Polizeisoldaten Oppeln verlassen haben und vorläufig im Militärgefängnis Rainz untergebracht werden. Ihre Verteilung auf die Gefängnisse des besetzten Gebietes soll durch einen von der internationalen Rheinlandkommission eingehenden Sonderauskunft vorgenommen werden. Wahrscheinlich werden die zu Justizhaus Verurteilten im Gefängnis Rheinbach, die zu Gefängnis Verurteilten in Andernach ihre Strafe verbüßen.

Jum Oberbürgermeister ernannt.

Nach dem Oberschlesischen Anzeiger in Ratibor ist der erste Bürgermeister der Stadt, Blontel, in Anerkennung seiner Tätigkeit von der preussischen Regierung zum Oberbürgermeister ernannt worden.

Von der Haager Konferenz.

Der Präsident der französischen Abordnung hat gestern eine Erklärung abgegeben, daß die französische Regierung eine Fortführung der Haager Konferenz für unnötig halte.

Evangelische Kirchen-Konferenz.

Auf Anregung der amerikanischen Kirchen und Organisationen, die in Europa Hilfswerke betreiben, hat der Schweizerische Evangelische Kirchenbund die europäischen evangelischen Kirchen für 10. und 11. August nach Kopenhagen eingeladen. Vom deutschen Evangelischen Kirchenrat, dem Vertretungsorgan der in dem Kirchenbund zusammengeschlossenen evangelischen Landeskirchen Deutschlands, werden D. Dr. Kapler, Berlin und Geh. Kirchenrat Prof. E. Schmied, Leipzig, teilnehmen.

Amerika und die Kriegsschulden.

Mit dem ihm eigenen Junitonus hat der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Gerard, in einer am 30. Juni im Lido Park Hotel in London auf einem Banquet des Bundes der englisch sprechenden Völker gehaltenen Ansprache das Verhältnis Amerikas zu den europäischen Kriegsschulden auf eine verständlich drastische und klare Formel gebracht. „Wir fordern von euch“, erklärt er, „die Bezahlung enormer Kriegsschulden. Gleichzeitig aber haben wir alles Gold der Welt an uns gezogen und richten eine Holzmauer auf, die so hoch ist, daß eure Waren nicht darüber klettern können. Ich sehe keine Möglichkeit, wie sie uns in Gold zahlen könnten, das wir besitzen, oder in Waren, die wir euch verbieten in unser Land einzuführen.“ Trotzdem man sich in Amerika darüber klar ist, besteht dort, wie Gerard weiter versichert, eine starke Abneigung dagegen, die europäischen Länder von ihren Kriegsschulden zu befreien, und diese Abneigung werde dadurch gesteigert, daß die reichen Leute in Frankreich noch nicht den fünften Teil der Steuern zu zahlen brauchten, die den Reichen in Amerika auferlegt seien.

So erfreulich es ist, daß Herr Gerard dem französischen Steuerfiskus in dieser Weise einen Rißfeldt erteilt, so wenig läßt sich leider für Deutschland hoffen, daß ihm daraus Vorteile erwachsen, solange sich die amerikanische Finanzwelt nicht nachdrücklicher für eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems bemüht. Im allgemeinen spiegelt sich in den Worten Gerards jedenfalls nur die absolute Gleichgültigkeit wider, die das Vantectum gegenüber den Vätern der alten Welt an den Tag legt. Man denkt drüber in den maßgebenden Kreisen nicht daran, für die Rettung, geschweige die Wohlfahrt europäischer Völker Opfer zu bringen. Unbekümmert hält man an unerfüllbaren Forderungen fest, um desto rücksichtsloser alle Vorteile der eigenen Finanzsuprematie in der Welt auszufischen. Die amerikanische Industrie duldet, wie Gerard offen ausspricht, auf amerikanischem Boden keinen ernsthaften europäischen Wettbewerb, die europäische Einwanderung ist auf ein Mindestmaß beschränkt und soll für einige Jahre ganz unterbunden werden; derselbe Geist der Unbuddsamkeit beherrscht die amerikanische Schiffahrt. Ein Senator aus dem Westen, der von Zeit zu Zeit bei den Merchant Marine Act Voten gefanden hat, sprach kürzlich den Wunsch aus, jedes ausländische Schiff von den amerikanischen Häfen zu verjagen und zwar machte er diese Darlegung in einer öffentlichen Rede von einer Körperlichkeit von Geschäftleuten an der Küste des Stillen Ozeans. Einen solchen Geist atmen tatsächlich die Vorschläge des Shipping Board, die u. a. direkte Unterhaltungen im Betrage von hundert Millionen Dollar jährlich und zudem Anleihen bis zu 125 Millionen jährlich für die Handelsflotte fordern.

Nur unerblickliche Ideologen können wädhnen, es könne auf etwas anderes hinaus laufen, als den Bock zum Gärtner machen, wenn man dieses Amerika Schiedsrichter in europäischen Angelegenheiten spielen läßt. Besonders in der russischen Frage sind die Interessen europäischer Staaten denen Amerikas diametral entgegengesetzt. Amerika verfügt über ein Weltmonopol für Gold und trachtet nach einem Weltmonopol für Rohstoffe. Nur Russland kann ihm das amerikanische Streben nach dem Weltrohstoffmonopol vereiteln, wenn es ihm gelingt, sich politisch unabhängig zu entwickeln. Daher die hartnäckige Verleugnung der Sowjetregierung durch Washington und daher auch die amerikanische Gegnerschaft gegen den Rapallovertrag.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Waffentunde in Magdeburg. Außer dem aufgefundenen Artilleriegeschütz sind in anderen Fällen einmal acht Infanteriegewehre mit vollständiger Infanterieausrüstung für acht Mann und in einem alten Gebäude 38 Karabiner und 9 Gewehre gefunden worden. Einer der Hauptbeteiligten der durch die Magdeburger Waffentunde kompromittierten hat, nachdem er ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte, durch Erbängen Selbstmord verübt.

Einigung mit den Berliner Buchdruckern. Nach einem Schiedspruch, der von dem Tarifamt in Leipzig gefällt wurde, ist eine Einigung mit den Berliner Buchdruckern zustande gekommen. Die Arbeit wurde heute früh wieder aufgenommen. Wahregelungen finden beiderseits nicht statt. Die Streiktage werden nicht bezahlt.

Konferenz des sozialistischen und kommunistischen Kontrollauschusses. Vorgestern hat in Götting die erste Konferenz des sozialistischen und kommunistischen Kontrollauschusses stattgefunden. Erschienen waren 22 Vertreter aus 48 Orten. Die Konferenz hat die Aufgabe, die Durchführung des Berliner Abkommens zu unterstützen. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der sofortige Annahme aller proletarischen Kämpfer gefordert wird. Sollten sich Regierung und Reichstag weigern, so müßten die Epigenorganisationen die Auflösung des Reichstages erwirken und Neuwahlen mit der Parole für eine Arbeiterregierung herbeiführen.

Die Rastler Reichswehr. Mitglieder der SPD, des Zentrums und der demokratischen Partei Rastel haben an den Reichswehrminister und den Reichsanstalt ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich darüber beklagen, daß ein Rastler Reichswehrabteilung vier Tage nach der Ermordung Rathenau mit klingendem Spiel durch die Straßen gezogen ist und dabei eine monarchistische Kundgebung veranstaltet habe. U. a. wird auch bemängelt, daß die Truppen nicht eine einzige Reichsflagge bei sich hatten. Dazu erklärt die L. U. von zuständiger Stelle, daß die geschickten Vorkämpfer haben, nachdem also die Reichswehr wieder ihren vollen Dienst aufgenommen hatte. Irrendweilige Kundgebungen haben bei dem Durchmarsch der Reichswehr nicht stattgefunden. Daß die Truppen keine Fahnen bei sich trugen, erklärt sich ganz einfach daraus, daß die Mitnahme von Fahnen bei Truppenteilen während der gewöhnlichen Übungen niemals üblich gewesen sei.

Botschafter Biedfeldt kommt nach Berlin. Der deutsche Botschafter in Washington Dr. Biedfeldt wird in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um über die ersten Einbrüche in Amerika bei der Reichsregierung Bericht zu erstatten.

Eine Interpellation über Thüringen. In der von der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag eingebrachten Interpellation über Aufruhr und Terror im Lande Thüringen sowie über die Einstellung organisierter Arbeiter in die Landespolizei erfährt B. L. B. von Seiten des Thüringer Staatsministers: Die Thüringer Staatsregierung wird die Interpellation in der Geschäftsordnung-



mäßig vorgeschriebenen Zeit beantwortet und diese Antwort der Reichsregierung zuhellen. Zu der Interpellation der Deutschnationalen Volkspartei über angeblichen Aufruhr und Terror stellt die Staatsregierung fest, daß in Thüringen ohne Ausnahme vollkommene Ruhe und Ordnung herrscht. Zur Interpellation über die Einstellung bewaffneter organisierter Arbeiter in die Landespolizei wird erklärt, daß lediglich in Jena einzelne Arbeiter mit gutem Ruf als Hilfs-polizeiunterbeamte zur Verstärkung der Landespolizei eingestellt worden sind. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme, zu der sich die Thüringer Staatsregierung im Hinblick auf die Abwehr von Unruhen gezwungen sah, schon allein, um einem eventuellen Rechtsmissbrauch zu begegnen. Diese Maßnahme ist nur vorübergehend. Sie erledigt sich, sobald die unsicheren Verhältnisse der letzten Zeit behoben sind.

Der Erfolg des „Generalkommandobefehls“. Bekanntlich hatte die Arbeiterschaft der beiden Beihilfungsbetriebe in Jena die Bezahlung der ausgefallenen Arbeitsschichten am 27. Juni, sowie die Bewährung von bezahltem Urlaub an 50 Arbeiter, die die Landespolizei verstärken sollen, gefordert und wegen Ablehnung dieser Forderung in der Urabstimmung den Streik beschlossen. Indessen ist nunmehr zwischen der Arbeiterschaft und den Geschäftseinstellungen der beiden Beihilfungsbetriebe unter Teilnahme eines Regierungsvermittlers folgende Vereinbarung zustande gekommen: 1. Die Firmen Beih und Schott u. Gen. erklären sich bereit, zur Verstärkung der Landespolizei 30 Geschäftsbetriebskräfte der Firma Beih und 8 der Firma Schott u. Gen. auf vier Wochen zu beurlauben unter Anwendung des § 88 der Stiftungsurkunde. Eine Veränderung obiger Vereinbarung bedarf der erneuten Verhandlung zwischen Geschäftseinstellung, Arbeitervertretung und Regierung. 2. Angehends der Hege-angene Erregung, die durch die Ermordung Rathenau den Volkskörper erschüttert hat, erklären sich die Firmen a u s n a h m e s w e i s e bereit, den Teilnehmern an der Demonstration vom 27. Juni für die ausgefallene Arbeitsschicht einen vollen Lohn zu bezahlen. Es wird ausdrücklich festgesetzt, daß Konsequenzen für spätere Fälle nicht gezogen werden können. Die Betriebsverwaltungen haben diese Vereinbarung gebilligt, worauf die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte. (Auf dem Chemnitzer Sozialdemokratischen Parteitag hat Ministerpräsident Buch den Votationsbeschluss, der es der Arbeiterschaft zur Pflicht macht, der Arbeiterschaft den Lohnausfall bei den Streiks zu bezahlen, und für den Fall der Nichtzahlung verdeckte Drohungen gegen die Arbeitgeber enthält, als „Generalkommandobefehl“ bezeichnet, der dem Ansehen der SPD. unschädlich sein könne...)

Polen.

General De Roub ist von der polnischen Regierung der weiße Adlerorden verliehen worden.

Ungarn.

Verurteilung zu Tode- und Kerkerstrafen. Der ehemalige ungarische Reserveleutnant Gabriel Somlyai, der wichtige militärische Geheimdokumente an die Brechburger tschechische Spionageagentur verkaufen wollte, wurde auf Anweisung einer Verhörschicht hin, die er ebenfalls zur Spionage verleitete, verurteilt. Er legte ein umfassendes Geständnis ab und wurde durch das Budapestener Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil ist am Sonnabend mittag vollzogen worden. — In dem Prozeß wegen der vor zwei Jahren in Jizsa erfolgten Hinrichtung jüdischer Bürger und der im Zusammenhang damit stehenden Blünderungen wurden heute der Hauptangeklagte Jobna zu sieben Jahren schweren Kerkers und der zweite Angeklagte Danos zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt. Fünf andere Angeklagte erhielten zwei bis fünf Jahre schweren Kerker.

Schlachtviehpreise

auf dem Viehsteig zu Dresden, Montag, am 10. Juli 1922. Preise für 50 kg in Mark.

Tiergattung und Bezeichnung	Stück	
	Stück	Gewicht
I. Rinder: A. Ochsen (Kauftrieb 164 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewässete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	8000-8800	5475-6000
2. Junge, fleischige, nicht ausgewässete — ältere ausgewässete	2400-2600	4625-5000
3. Mäßig genährte Junge — gut genährte ältere	1800-2200	3850-4625
4. Gering genährte jeden Alters	1200-1400	3000-3500
B. Bullen (Kauftrieb 141 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewässete höchsten Schlachtwertes	2800-3000	4850-5150
2. Vollfleischige jüngere	2900-2500	4200-4525
3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	1900-2100	3650-4025
4. Gering genährte	1300-1500	2900-3325
C. Kalben und Kühe (Kauftrieb 227 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewässete Kalben höchsten Schlachtwertes	8000-8800	5475-6000
2. Vollfleischige, ausgewässete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	2400-2600	4625-5000
3. Vollfleischige, ausgewässete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	1900-2300	4225-4625
4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	1400-1600	3500-4000
5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	800-1200	2375-3500
D. Ferkel (Kauftrieb — Stück):		
1. Gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre	—	—
II. Rinder (Kauftrieb 575 Stück):		
1. Doppellender	—	—
2. Große Mast- und Saugkühe	3000-3200	4850-5150
3. Mittlere Mast- und Saugkühe	2700-2900	4500-4825
4. Geringere Rinder	2900-2500	4000-4500
III. Schafe (Kauftrieb 375 Stück):		
1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	3400-3700	6800-7200
2. Ältere Mastlamm	2800-3100	6225-6900
3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkzeuge)	1600-2400	4225-6225
IV. Schweine (Kauftrieb 685 Stück):		
1. Vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis z. 1. Jahr	6000-6200	7700-7925
2. Fettchweine	6200-6400	7750-8000
3. Fleischige	5700-5900	7690-7850
4. Gering entwickelte	5300-5600	7575-8000
5. Sauen und Eber	5000-6000	8675-9000

Ausnahmepreise über Notiz. Ueberhand: 14 Rinder, 28 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Kühe und Schweine langsam, Schafe mittel.